



Sven Kohlmeier

Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Antworten auf die Fragen an die Fraktionen im Abgeordnetenhaus vor der Wahl am 26.09.2021

1.)

Welches sind Ihre wichtigsten Ziele auf dem Gebiet der Rechtspolitik in der kommenden Legislaturperiode?

Die SPD Berlin steht ein für eine moderne, leistungsfähige und starke Justiz, der die Menschen vertrauen, ihre Konflikte in einem geordneten und fairen Verfahren zu lösen. Und wir wollen familiengerechtes und mobiles Arbeiten in und für die Justiz und eine wertschätzende Personalentwicklung. Effektiver Rechtsschutz muss professionell, in angemessener Zeit und unabhängig vom Einkommen gewährleistet werden. Das klingt zunächst nach einem typischen Wahlkampfsatz, jedoch haben wir in der Vergangenheit mit unseren Justizsenator Ehrhart Körting und Justizsenatorin Gisela von der Aue einen deutlichen höheren Fokus auf Justizpolitik gelegt, als es derzeit den Anschein durch den aktuellen Justizsenator erweckt. Wir wollen eine qualifizierte und amtsangemessen bezahlte Beschäftigte in der Justiz und Verwaltung sowie eine moderne räumliche und technische Ausstattung. Wir wollen die Digitalisierung der Berliner Justiz vorantreiben, deshalb haben wir uns für die Einführung von digitalen Gerichtssälen eingesetzt und werden diese ausbauen. Auch der Aufbau des neuen Amtsgerichts Marzahn-Hellersdorf werden wir vorantreiben. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes in Berlin werden wir für Auszubildende in der Justiz Angebote für Unterkunftsmöglichkeiten schaffen. In gesetzgeberischer Hinsicht unterstützen wir die Einführung des Normenkontrollverfahrens nach § 47 VwGO in Berlin. Schlussendlich wollen wir ein Justizzentrum etablieren (siehe letzte Frage) und ein Innovationszentrum für „Legal Tech“ in Berlin schaffen.

2.)

In den bisher vorliegenden Wahlprogrammen sind Ankündigungen zur Rechtspolitik nur ein Randthema. Welchen Stellenwert haben rechtspolitische Fragen für Sie?

Rechtspolitik ist für die Berliner SPD von großer Bedeutung, nicht nur historisch, sondern insbesondere da die Justizpolitik auch immer die Stärke eines guten und demokratischen Zusammenlebens darstellt. Im Wahlprogramm der Berliner SPD nimmt die Rechtspolitik eine starke und klare Rolle ein und stellt kein Randthema dar. Wir haben in unserem Wahlprogramm neue, attraktive und progressive Vorschläge, die Berliner Justiz zu stärken und den Beschäftigten der Berliner Justiz die Wertschätzung zukommen zu lassen, die diese verdient haben. Einige Beispiele aus unserem Wahlprogramm (<https://spd.berlin/wahlprogramm/>, den Justiz-Teil „Berlin in Sicherheit“ finden Sie auf ab Seite 93). Wir werden in geeigneten Bereichen für Rechtsreferendar:innen und Rechtspfleger:innen ein neues Berufsfeld als Richterassistenz einführen, die richterliche Entscheidungen vorbereiten oder Streitfälle mit geringem Streitwert selbständig entscheiden oder vergleichen, um dadurch die Justiz zu entlasten. Wir wollen die Justiz arbeitsteiliger organisieren, in dem wir die Teams mit Richterinnen und Richtern und den Geschäftsstellen stärken und ausbauen sowie die Beteiligungsmöglichkeiten für Richter- und Präsidialräte verbessern. Am Richterwahlausschuss halten wir fest.

3.)

Während der Corona-Pandemie kam es an den Berliner Gerichten nur vereinzelt zu Videoverhandlungen. Wollen Sie dies ändern, gegebenenfalls wie und bis wann?

4.)

Die Anwaltschaft wird ab 1. Januar 2022 verpflichtet sein, das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) auch aktiv zu nutzen. In welchem Umfang und ab wann wollen Sie die Gerichte in Berlin in die Lage versetzen, am elektronischen Rechtsverkehr gegenüber den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten auch aktiv teilzunehmen?

5.)

In der ablaufenden Legislaturperiode kam es beim Kammergericht zu einem umfangreichen und dauerhaften IT-Ausfall, der auch erhebliche Nachlässigkeiten beim Datenschutz offenlegte. Wie wollen Sie verhindern, dass sich ein solcher Ausfall an einem der Berliner Gerichte wiederholt?

Zu den Fragen 3, 4 und 5:

Wir haben uns bereits in der frühzeitig und zwar in der letzten Legislatur für digitale Gerichtssäle und die Digitalisierung der Berliner Justiz eingesetzt, teilweise belächelt von den damaligen Oppositionsfraktionen. Es ist nicht akzeptabel, dass Gerichtsverfahren aufgrund mangelhafter Personalplanung und -ausstattung und fehlender Räume- /IT-Ausstattung Jahre brauchen und Strafverfahren im Sande verlaufen. Die Gerichtssäle wollen wir stärker mit Digital- und Videotechnik ausstatten und Zahlungen und Kommunikation online ermöglichen. Wir werden die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten einer digitalen mündlichen Verhandlung mit den Parteien deutlich ausbauen und die e-Akte in der Justiz und den elektronischen Rechtsverkehr zügig und flächendeckend einführen. Die Rechtsantragstellen sollen zu Service-Stellen umgebaut und gestärkt werden, um den Zugang zu den Gerichten und der Staatsanwaltschaft zu erleichtern. Wichtige Informationen sollen online zur Verfügung gestellt werden. Dafür werden wir ein zentrales Justizportal einrichten, auf dem alle wichtigen Informationen (Anträge, Rechtsgrundlagen, Verfahrenshinweise, wichtige gerichtliche Entscheidungen, Ansprechpartner:innen)

anwenderfreundlich zur Verfügung stehen. Die Berliner SPD schlägt vor, ein Innovationszentrum Berlin für „Legal Tech Anwendungen“ zu schaffen und damit Vorreiter moderner digitaler Justiz in Deutschland sein. Die IT-Strukturen der Berliner Justiz werden so ertüchtigt, dass Datenlecks und Havarien wie zuletzt 2019 beim Berliner Kammergericht ausgeschlossen werden können. In der Tat können wir den bedauerlichen Eindruck bestätigen, dass der zuständige Senator für Justiz andere Schwerpunkte als die Berliner Justiz hatte.

6.)

Seit Anfang 2020 wird über die Struktur des Landgerichts diskutiert: Soll jeder der drei Standorte Littenstraße, Tegeler Weg und Turmstraße zu einem eigenen Landgericht werden und sollen damit die bisherigen für ganz Berlin gebündelten Zuständigkeiten an den Zivilkammern entfallen? Oder soll es dagegen ein Justizzentrum geben, in dem alle drei Teile des Landgerichts untergebracht sind? Welche Pläne verfolgen Sie?

Das Thema der Dreiteilung des Landgerichts ist seit mehreren Legislaturperioden immer wieder diskutiert und aufgeworfen worden. Wir haben unsere Auffassung hierzu beibehalten. Es muss dargelegt werden, welchen Vorteil die Teilung des Landgerichts in 3 Standorte für das rechtssuchende Publikum und die Justizbeschäftigten und Richter:innen hat. Da blieb die Justizverwaltung bisher darlegungsfähig. Unser Vorschlag ist, dass wir werden ein Justizzentrum in Berlin schaffen, in dem unter anderem die beiden Landgerichtsstandorte für Zivilsachen zusammengeführt werden sollen. Der Landgerichtsstandort für Strafsachen verbleibt in Moabit. Damit kann eine moderne Landgerichtsstruktur geschaffen werden. Allein diese langjährige Diskussion zeigt, dass in der Berliner Justiz viele Baustellen bestehen. Auf der anderen Seite besteht damit auch die Chance, in der nächsten Legislaturperiode einen starken Schwerpunkt auf die Entwicklung der Berliner Justiz zu legen. Die Berliner SPD steht dafür bereit. Ganz sicher Berlin.